



Stadt Marktheidenfeld

NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE 03. SITZUNG DES STADTRATES

Sitzungsdatum:	Donnerstag, 28.01.2021
Beginn:	19:00 Uhr
Ende:	21:05 Uhr
Ort:	im großen Sitzungssaal des Rathauses

ANWESENHEITSLISTE

Erster Bürgermeister

Stamm, Thomas

Mitglieder des Stadtrates

Adam, Helmut
Bernstein, Tobias
Carl, Michael
Haag, Ruth
Harth, Martin
Hartwig, Dirk, Dr.
Hock, Klaus
Hörnig, Joachim
Hörnig, Wolfgang
Hospes, Xena
Keller, Ludwig
Kempf, Bernhard
Kutz, Caroline
Menig, Christian
Menig, Hermann
Oswald, Richard
Richter, Heinz
Riedmann, Mario
Riedmann, Susanne
Rinno, Susanne
Schneider, Renate
Seidel, Holger
Wagner, Burkhard

Schriftführer/in

Laumeister, Sabine

Verwaltung

Hanakam, Matthias
Hartmann, Barbara
Herrmann, Christina
Trabel, Wilhelm

Gäste

Albert, Inge

Abwesende und entschuldigte Personen:

Mitglieder des Stadtrates

Hoh, Florian

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- 22 Protokollgenehmigung**
- 23 Informationen**
- 24 Vergaben öffentlich**
- 24.1 Vergabe öffentlich; Neubau Feuerwache MAR, Atemschutzwerkstatt** **2021/0526**
Beschlussfassung
- 24.2 Vergabe öffentlich; Neubau Feuerwache MAR, Schlosserarbeiten 2** **2021/0523**
Beschlussfassung
- 24.3 Vergabe öffentlich; Neubau Feuerwache MAR, Schreinerarbeiten** **2021/0521**
Beschlussfassung
- 24.4 Vergabe öffentlich;** **2021/0519**
GEK-Projekt Bürgerhaus Michelrieth, Zimmererarbeiten
Beschlussfassung
- 25 Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushalt 2021** **2020/0404**
Information
- 25.1 Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der CSU**
- 25.2 Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden proMAR**
- 25.3 Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der Freien Wähler**
- 25.4 Haushaltsrede der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
- 25.5 Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der SPD**

Erster Bürgermeister Thomas Stamm eröffnet um 19:00 Uhr die öffentliche 03. Sitzung des Stadtrates. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

22 Protokollgenehmigung

Beschluss:

Das Protokoll zur 01. Stadtratssitzung vom 14.01.2021 wird genehmigt.

einstimmig beschlossen Ja 24 Nein 0

23 Informationen

Für den freitags stattfindenden Grünen Markt konnte die Bäckerei Stahl & Stieber als Marktbeshicker gewonnen werden, informiert Erster Bürgermeister Stamm.
Eine Besprechung des Staatlichen Bauamts mit den verkehrsrechtlich Verantwortlichen und der städtischen Verwaltung habe ergeben, dass mit den Baumaßnahmen „Ampelkreuzung Altfeld“ und „Einfahrt Söllershöhe“ im März 2021 begonnen würde, so Erster Bürgermeister Stamm weiter. Die Planung gehe von Bauarbeiten bis ca. Mitte Juli 2021 aus. Eine Information darüber werde an den Stadtrat verteilt.

Herr Stamm informiert weiter, die Freiflächengestaltungssatzung sei vom städtischen Bauamt erstellt worden und werde an das Gremium zur Beratung überlassen.

Geschäftsleitender Beamter Hanakam erläutert, die Stadt sei in den vergangenen drei Jahren bekanntermaßen Mitglied im „Energieeffizienznetzwerk Franken“ mit dem Träger Bayernwerk gewesen. Das Netzwerk habe die Stadt bei verschiedenen Fragestellungen beraten. Die Förderung für dieses Netzwerk sei ausgelaufen. Nun sei die Stadt Mitglied im Nachfolge-Netzwerk „Kommunales Klimaschutznetzwerk Franken“ mit dem Träger IfE (Institut für Energietechnik Amberg). Aufgrund der sehr guten öffentlichen Förderung betrage der städtische Mitgliedsbeitrag lediglich ca. 960 € im Jahr.

24 Vergaben öffentlich

24.1 Vergabe öffentlich; Neubau Feuerwache MAR, Atemschutzwerkstatt

Beschluss:

Nachstehende in der vorangegangenen nichtöffentlichen Sitzung erläuterte Vergabe wird beschlossen:

- **Neubau Feuerwache MAR
Atemschutzwerkstatt
Fa. MAW GmbH, 74532 Ilshofen-Eckartshausen
81.735,98 € brutto**

mehrheitlich beschlossen Ja 23 Nein 1

24.2 Vergabe öffentlich; Neubau Feuerwache MAR, Schlosserarbeiten 2

Beschluss:

Nachstehende in der vorangegangenen nichtöffentlichen Sitzung erläuterte Vergabe wird beschlossen:

- **Neubau Feuerwache MAR
Schlosserarbeiten 2
Fa. Metallbau Kunkel, 97846 Partenstein
96.798,17 € brutto**

mehrheitlich beschlossen Ja 17 Nein 7

24.3 Vergabe öffentlich; Neubau Feuerwache MAR, Schreinerarbeiten

Beschluss:

Nachstehende in der vorangegangenen nichtöffentlichen Sitzung erläuterte Vergabe wird beschlossen:

- **Neubau Feuerwache MAR
Schreinerarbeiten
Schreinerei Fritz Schwab, 97840 Hafenlohr
134.086,30 € brutto**

einstimmig beschlossen Ja 24 Nein 0

24.4 Vergabe öffentlich; GEK-Projekt Bürgerhaus Michelrieth, Zimmererarbeiten

Stadtrat Keller stellt klar, er werde der Vergabe nur zustimmen, damit die Stadt dem Anbieter gegenüber nicht schadenersatzpflichtig werde.

Beschluss:

Nachstehende in der vorangegangenen nichtöffentlichen Sitzung erläuterte Vergabe wird beschlossen:

- **GEK-Projekt Neubau Bürgerhaus mit Pfarramt Michelrieth
Zimmererarbeiten
Fa. Pampelbau GmbH, 08056 Zwickau
59.145,83 € brutto**

mehrheitlich beschlossen Ja 21 Nein 3

25.1 Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der CSU

Für die Fraktion der CSU spricht Fraktionsvorsitzender Richard Oswald.

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stamm,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats, verehrte Gäste,

im Namen der CSU-Stadtratsfraktion darf ich heute die Rede zum vorliegenden Haushaltsentwurf 2021 halten.

Zu Beginn möchte ich mich im Namen der Fraktion bei allen Beschäftigten unserer Stadtverwaltung für die Leistung im vergangenen Jahr, den „Durchhaltewillen“ und das besondere Engagement in dieser schwierigen Zeit bedanken.

Als neuer Fraktionsvorsitzender darf ich mich besonders für die Unterstützung bedanken, die mir in allen Fragen von der Verwaltung entgegengebracht wurde, im Besonderen bei unserer Kämmerin, Frau Christina Herrmann, die uns bereits den Haushaltsentwurf ausführlich erläuterte und auch für alle Fragen im Nachgang die letzten Wochen stets ein offenes Ohr hatte. Neben den üblichen Nachfragen gab es hier an der Spitze der Kämmerei auch eine Doppelbelastung zum Jahreswechsel. Die Gründung der Marktheidenfelder Bäder GmbH sowie die unklare Situation mit dem Wonnemar machten uns eine Verabschiedung des Haushaltes 2021 im vergangenen November unmöglich. Daher war der Schritt der Verschiebung in den Januar völlig richtig. Eine finale Klarheit über den Weiterbetrieb und den Zeitpunkt des Heimfalls liegen immer noch nicht vor, aber dieser Fakt steht nun fest und wird im Jahr 2021 sicher noch Konsequenzen für den Haushalt mit sich bringen.

Wir stellen erneut einen Haushalt auf, welcher ein riesiges Volumen von mehr als 82 Millionen € aufweist. Diese Zahl ist jedoch bei ehrlicher Betrachtung geprägt von Maßnahmen, deren Abschluss auch in diesem Jahr nicht vollständig erfolgen wird.

Bei der fraktionsinternen Durchsicht und Vorberatung des Haushaltsentwurfes plädieren wir teilweise für die Verschiebung der noch nicht begonnenen Maßnahmen auf die Jahre 2022 ff. oder auch die komplette Streichung einzelner Maßnahmen aus dem städtischen Haushalt.

Mit dem ersten Beispiel hierfür möchte ich gleich zu Beginn unseres Überblicks über den Vermögenshaushalt, also die angesetzten Investitionen einsteigen:

Buswendeplatz am Wonnemar

Der Ansatz von 80.000 € kann gestrichen werden. Der Buswendeplatz am Wonnemar ist nicht notwendig umzusetzen, ein entsprechend benötigter Parkraum für Lehrkräfte ist von den Schulen und deren Trägern selbst zu schaffen.

Unser Schwimmbad

Ich möchte es nun bewusst nicht mehr Wonnemar nennen. Die Stadt Marktheidenfeld hat den Heimfall ausgelöst, die Marktheidenfelder Bäder GmbH ist gegründet und ich plädiere auf die Fortführung unserer alten Marke Maradies. Damit wir im laufenden Jahr Möglichkeiten haben, auch weitergehende Maßnahmen über den Notbetrieb hinaus durchzuführen, bitten wir um einen zusätzlichen Ansatz i. H. v. 500.000 € um den notwendigen Raum für Gestaltungen zu haben.

Dieser Betrag soll aus den noch vorhandenen Rücklagen für diesen Zweck zurückgelegt werden, genau wie es auch mit einer Rücklage für den möglichen Bedarf in Sachen Nachnutzung unseres ehemaligen Krankenhauses erfolgt ist.

Zu dieser Rücklage bzgl. Gesundheitsversorgung möchte ich sagen, dass wir dieses Geld sogar sehr gerne für unsere Bürger ausgeben würden. Auch in der jetzigen Zeit! Nur fehlen die klaren Signale aus dem Klinikmanagement/Landratsamt.

Aussegnungshalle in Altfeld

Die Aussegnungshalle in Altfeld ist sicher notwendig, muss aber in 2021 nicht sofort umgesetzt werden. Die Maßnahme sollte so gesteuert werden, dass Beginn im Herbst 2021 und die Fertigstellung im nächsten Jahr ist, so kann der HH-Ansatz auf zwei Jahre verteilt werden

Jugendraum Altfeld

Der Umbau Jugendraum Altfeld muss am aktuellen Standort neu gedacht werden. Hierzu ist die betreuende Architektin mit einer genehmigungsfähigen Planung zu beauftragen. Der Zugang sollte weg von den Anwohnern und der Straße, mit einem klaren Ziel. Der Betrieb des Jugendraumes muss der Zielgruppe entsprechend und unter Berücksichtigung der Lärmschutzvorgaben des Landratsamtes funktionieren. Zeitliche Einschränkungen können nicht von Beginn an Maßgabe an die Nutzer sein. Eine Beurteilung des Emissionsschutzes liegt in der Verwaltung vor und alle Fraktionen sind sich über die Schaffung dieses Jugendraumes einig. Wir bitten diese Thematik mit der absoluten notwendigen und sinnhaften Umplanung zeitnah wieder auf die Tagesordnung im Stadtrat zu bringen. Wir sprechen es deutlich aus, der Jugendraum muss an dieser Stelle im Ort entstehen, aber auch nach 22:00 Uhr nutzbar sein. Die Möglichkeiten hierzu haben wir eben beschrieben.

Sitzgelegenheit mit Sandkasten im Neubaugebiet Baumhof

Der Ansatz Spielplatz 60.000 € ist zu reduzieren. Die Gestaltung der Fläche mit einer Sitzecke und Spielgelegenheit, wie Sandkasten, für Kleinkinder im Neubaugebiet Baumhof ist vom Bauhof ohne externe Planung durchzuführen.

20.000,00 € können hier sehr gerne investiert werden und damit kann dann auch sicher der zu erhaltende Spielplatz in der Rotkreuzstraße noch einmal verschönert werden. Unser Bauhof hat schon an den Maradies-Seen hervorragende Arbeit geleistet und tolle, eigene Ideen umgesetzt.

Leerstandsförderprogramm

Das Förderprogramm Leerstand bitten wir zu streichen, da der Leerstand bereits katalogisiert ist und im Baupilot angeboten wird. Somit bietet die Stadt den Eigentümern schon jetzt ein Angebot über die üblichen Aufgaben hinaus an.

Zusätzlich möchte ich an dieser Stelle darauf hinweisen, dass der Stadtrat eine Vielzahl der Aktivitäten unserer Werbegemeinschaft sowie des Hotel- und Gaststättenvereins unterstützt. Daher gilt weiterhin der Appell: Kaufen Sie lokal!

Nach Ende der Pandemie müssen hier Aktionen kanalisiert und zielführend auch abgeschlossen werden. Ständig Neues und immer Anderes bringt hier nichts! Und von erneuten Förderprogrammen sollten wir uns auch nicht blenden lassen, schließlich sind Kommunen wie die Stadt Marktheidenfeld über Umlagen und Steuerkraft die Befüller dieser Fördertöpfe.

Kindertagesstätte Lohgraben / Perspektivplanung

Der Planungsansatz für die Kita Lohgraben i. H. v. 100.000 € ist umzuwidmen. Wir möchten uns perspektivisch von diesem Standort verabschieden. Wir benötigen ein Konzept mit Neuplanung einer Kita am Standort Ludwigstraße. Hier wurde uns kürzlich die Möglichkeit eines freien Grundstücks am Standort Ludwigstraße vorgestellt. Durch den Neubau an diesem Standort ersparen wir uns eine Interimslösung für die Sanierung der Kita Kolpingstraße, welche uns in anderen Bereichen schon bitterlich Geld gekostet hat. Somit könnte der Umbau am Standort Kolpingstraße ohne permanente Störung des laufenden Betriebes durchgeführt werden. Nach dem Rückzug der Kinder aus der Ludwigstraße in die Kolpingstraße, kann final die Kita Lohgraben in die Ludwigstraße ziehen. Danach kann der nicht mehr benötigte Standort geschlossen und das freiwerdende Areal Lohgraben frei vermarktet werden. Mögliche Sanierungen an den beiden von der Umplanung betroffenen Standorten sind unter Berücksichtigung der Notwendig-

keit auf ein Minimum zu reduzieren. Hier nehmen wir unsere Bauverwaltung besonders in die Pflicht, nicht allen Nutzerwünschen zu entsprechen.

Streichung der Parkplatzerweiterung Lohgraben inkl. WC-Anlage

Es sollte auch die Streichung der Parkplatzerweiterung am Lohgraben erfolgen, da die Grundstücksangelegenheiten noch nicht abschließend geklärt sind.

Wohngebiet Strickberg

Aufgrund der aufwändigen Erschließung sehen wir die Möglichkeit der Schaffung neuen Wohnraumes auf dem Strickberg als nur schwer umsetzbar.

Den Ansatz für das Wohngebiet Strickberg mit über 3 Millionen € bitten wir zu streichen, auch wenn dies ein Antrag unserer Fraktion war. Dafür bitten wir die Planung „Lutzenpfad“ wieder anzugehen. Dies kann problemlos auf städtischen Grundstücken, auch oberhalb des Friedhofes passieren. Diese Flächen wären erst für diesen Zweck auszuweisen.

Grundsätzlich müssen wir das Thema „Wohnraum schaffen“ priorisiert bearbeiten, zielstrebig und parallel zur anstehenden Gewerbeansiedlung.

Für die Zukunftsplanung „Wohnraum“ für Marktheidenfeld muss eine Planung in größerer Dimension erfolgen. Auch hier ist der gesamte Stadtrat gemeinsam gefordert, sich weitergehende Gedanken zu machen. Es geht unseres Erachtens um größere Freiflächen, die sich teilweise schon im Eigentum der Stadt befinden, wie beispielsweise auf der anderen Mainseite. Der Bebauungsplan Marienbrunn und die Erschließung Märzfeld sind bitte zu forcieren. Ebenso gilt es sich zukünftig auch weiteren Neubaugebieten zuzuwenden. Selbstverständlich gilt unser Augenmerk parallel auch der innerörtlichen Verdichtung. Jedoch liegen da über 70 (!) Bauplätze in privater Hand.

Klar ist eine weitere Flächenversiegelung so gering wie möglich zu halten, aber wir als Stadt investieren viel in unsere Kindertagesstätten, Schulen und unser aller Gemeinwohl, mit dem Ziel, junge Familien anzusiedeln und nicht nur für die Gewerbe und Industrie Flächen bereit zu stellen. Es muss auch an die Arbeitskräfte gedacht werden, die nicht nur ein- und auspendeln, sondern Marktheidenfeld ebenso als lebenswerten Wohnort schätzen lernen dürfen. Dieser Zuwachs an „neuen“ Bewohnern wird auch unser Vereinsleben und das ehrenamtliche Engagement zusätzlich bereichern.

Nicht zuletzt darf auch die Einkommensteuerbeteiligung nicht vergessen werden, die inzwischen genauso wichtig ist wie die Gewerbesteuer.

Sämtliche Umlandgemeinden machen es uns vor und bedanken sich für die zurückhaltenden Maßnahmen der Stadt Marktheidenfeld in den vergangenen Jahren.

Überall um uns herum entstehen Neuansiedelungen und neue soziale Bindungen, auch wenn dies sich mancher nicht eingestehen will, es ist leider Realität.

Umplanung Skaterplatz

Unser Projekt Freilegung und Gestaltung Heubrunnenbach muss aufgrund der Problematik am Skaterplatz unserer Meinung nach ohne diesen endlich realisiert werden. Für den Skaterplatz bitten wir um eine Planung an einem neuen Standort. Hier schlagen wir konkret die Fläche unterhalb des Minigolfplatzes vor.

Betonsanierung Unterführung Maradiesseen

Die Betonsanierung für 130.000 € an der Unterführung des Äußeren Rings bitten wir zu streichen.

Garagensanierung „Fränkisches Haus“

Da die Planungen für das Gesamtareal Udo Lermann noch nicht abgeschlossen sind, bitten wir den Ansatz 15.000 € für die Sanierung der Garagen „Fränkisches Haus“ noch zu verschieben.

Erweiterung Elektrotankstellennetz

Zum heutigen Straßenbild gehören immer mehr Elektrofahrzeuge. Bisher ist die Ladeinfrastruktur in Marktheidenfeld noch sehr gering. Aus diesem Grund bitten wir um die Erweiterung der Lademöglichkeiten in der Rathaus Tiefgarage von 2 auf 6 Ladeplätze. Zusätzlich bitten wir um einen Vorschlag der Verwaltung, auf welchen städtischen Parkplätzen wir weitere Stromtankstellen installieren könnten. Konkret könnten wir uns den Brückenparkplatz und den Parkplatz am Lohgraben vorstellen. Weiter lohnt es sich sicherlich zu prüfen, ob es einerseits staatliche Förderungen gibt und ob weitere Kooperationen mit örtlichen Anbietern möglich sind.

Altstadtfriedhof

Unser neu aufgestelltes Gärtnerteam bitten wir mit Aufmerksamkeit über den Altstadtfriedhof zu gehen. Einerseits sind freie Flächen für Urnengräben herzustellen und andererseits würde sicher der ein oder andere Baum Besuchern Schatten spenden. Diese Maßnahmen sollten ohne externe Planer, mit dem hauseigenen Gärtnerteam des Bauhofes umzusetzen sein. Für die Schaffung der neuen Urnengräber ist ein entsprechender Ansatz einzuplanen.

Radwegenetz

Seit Jahren wird es immer wieder auf den verschiedensten Plattformen diskutiert und seit dem Einzug vieler E-Bikes in die Haushalte der Bürger sicher immer bedeutender: Ein Radwegenetz für Marktheidenfeld. Ohne einen konkreten Ansatz sollte dies überprüft und nach günstigen Möglichkeiten gesucht werden, die Ortsteile sowie die Kernstadt miteinander zu verbinden. Sehr gerne kann dies in Kooperation mit der Kommunalen Allianz erfolgen. Auch hier bitten wir um die Prüfung nach Fördermöglichkeiten.

Liegenschaften

Unser Gremium ist mit vielen neuen Stadträten besetzt. Aufgrund dessen bitten wir nach der Pandemie erstmal um eine Führung durch den Bauhof, Wasserwerk, Kläranlage und die weiteren Liegenschaften, damit sich jeder Ratskollege vor Ort einen Überblick über die Gesamtsituation verschaffen kann.

Abschließend bleibt zum Vermögenshaushalt und Investitionsplan festzuhalten: Unser Credo ist, notwendige Maßnahmen, die unsere Infrastruktur betreffen, sei es im Hoch- sowie im Tiefbau, selbstverständlich ohne Einschränkung gemäß des Investitionsplanes weiter auszuführen. Jedoch gilt es bei jedem Bauvorhaben, die Notwendigkeit und den Umfang sowie den daraus resultierenden Nutzen genau zu prüfen. Wir als Stadtrat können nicht jedem Nutzerwunsch entsprechen.

Kommen wir nun zum Verwaltungshaushalt. Hier spiegeln sich unsere jährlichen Ausgaben für den Geschäftsbetrieb sowie Instandhaltungs- und Unterhaltungsmaßnahmen wieder. Bei jeder Investition aus dem Vermögenshaushalt müssen wir uns über die jährlich anfallenden Kosten zum Unterhalt bewusst sein. Die heutigen Anforderungen beispielsweise an Gebäudetechnik wie die Be- und Entlüftung, programmierbare Lichtsysteme u. v. m. verlangen einen wesentlich höheren Betreuungsaufwand, als wir es bisher gewohnt waren.

Verkehrsüberwachung

In diesem Punkt müssen wir die Personalkosten im Auge behalten. Wir sehen hier durchaus Gesprächs- und Handlungsbedarf, ein Defizit von 80.000 € ist einfach zu viel. Grundsätzlich gehört die Verkehrsüberwachung auch in den Aufgabenbereich der örtlichen Polizeidienststelle. Hier bitten unsere Rathausführung mit dem Dienststellenleiter in Kontakt zu treten und nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu suchen.

Stadtmarketing

Im laufenden Jahr bitten wir Ortseingangsschilder sowie die bestehende Beschilderung der städtischen Liegenschaften nicht auszutauschen, da alle Objekte beschildert sind und die Vereinheitlichung des Designs als nicht notwendig gesehen wird. Somit können die Ansätze von

insgesamt 30.000 € gestrichen werden. Auch für laufende Kosten gilt: Überblick über Unterhaltskosten schaffen und sinnhaft durchdacht handeln.

Städtische Kindertagesstätten

Durch den Betrieb der städtischen Kindertagesstätten ist unser jährliches Defizit im Bereich der Kinderbetreuung auf 2,9 Millionen Euro gestiegen. Eine schwarze Null ist weder erklärtes Ziel, noch politischer Wille, jedoch bedarf es Maßnahmen, dieses Defizit dringend zu senken.

Städtisches Musikinstitut

Kommen wir zu einer freiwilligen Leistung. Da hier neben dem städtischen Angebot zahlreiche private Angebote existieren, bitten wir das städtische Engagement mit Ende des laufenden Schuljahres auslaufen zu lassen. Da coronabedingt viel Unterricht ausfallen musste, sollte, sobald dieser wieder möglich ist, die Stadt nicht Selbstständigen und Künstlern als Konkurrenz gegenüberstehen. Zusätzlich ist sicher auch über die Volkshochschule eine Zusammenarbeit der bisherigen Lehrkräfte möglich.

Städtische Gebühren für Freiflächen

Aufgrund der anhaltenden Coronapandemie bitten wir die Verwaltung auf die Gebühren für Freiflächen für das Jahr 2021 zu verzichten.

Abschließend zum Verwaltungshaushalt und gerade in diesem Zusammenhang mit den zuvor angesprochenen Punkten, bitten wir schon jetzt den Rechnungsprüfungsausschuss bald tätig zu werden. Bei der diesjährigen Prüfung sollte das Augenmerk auf die stetig steigenden Sachkosten gelegt werden. Aus meiner Erfahrung haben sich in sehr vielen Bereichen in den letzten Jahren teils erhebliche Steigerungen ergeben und allerhand hat sich einfach verselbstständigt.

Gesamtsituation Landkreis Main-Spessart

Unbedingt möchte ich noch einen Blick auf unseren Landkreis werfen: Marktheidenfeld bezahlt in diesem Jahr 1/6 der Kreisumlage. Diese Summe entspricht 12,1 Millionen €. Dies muss man sich wirklich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

Damit verbunden ist unser Appell an den Landkreis, dringend für Klarheit und eine Zeitschiene bei den Punkten Schul- und Krankenhausstandort zu sorgen. Allein die geplante Erhöhung der Kreisumlage kostet die Stadt Marktheidenfeld 120.000 €. Nichts desto trotz freuen wir uns auf die anstehenden Maßnahmen und Investitionen für die Sanierung des Schulstandortes und des Gesundheitswesens in Marktheidenfeld. Diese gilt es aber jetzt auch umzusetzen! Gewartet und getröstet wurde genug!

Schließlich zahlt Marktheidenfeld allein in den kommenden Jahren der vorliegenden Finanzplanung über 50 Millionen € an den Landkreis.

Zum Abschluss meiner Rede möchte ich meinen Dank vom Beginn nochmals ausweiten. Besonders hervorheben möchte ich den Einsatz der Teams aus Wasserwerk und Kläranlage, die rund um die Uhr einen wichtigen Teil unserer Lebensqualität sicherstellen. Dankeschön auch an den Bauhof, der im Sommer wie im Winter unsere Stadt lebenswerter macht und aktuell im Winterdienst für bessere Straßenverhältnisse sorgt. Danke an die Kindergärten, die trotz Schließung und Aufrechterhaltung der Notbetreuung teilweise Gruppen mit 75 % Auslastung haben. Auch diese Mitarbeiter empfinden zurzeit die Doppelbelastung und haben u. U. selbst Kinder im Homeschooling zuhause.

Kürzlich wurde der zukunftsweisende Feuerwehrbedarfsplan vorgestellt und beschlossen. Gerade heute möchten wir uns bei allen Aktiven und Unterstützern bedanken. Trotz der Pandemie werden beispielsweise hier die notwendigen Fortbildungsmaßnahmen digital fortgeführt. Besonders häufig im Einsatz sind die Helfer des Roten Kreuzes. Hier führt uns diese Pandemie erneut vor Augen, wie wichtig das ehrenamtliche Engagement auch in diesem Bereich ist. Ohne das Marktheidenfelder THW wäre auch die erste Teststrecke des Landkreises auf dem Festplatz Martinswiese nicht so schnell realisierbar gewesen.

Weiter gilt unser Dank allen Ehrenamtlichen in den zahlreichen Vereinen, besonders an die, die sich in der Senioren- und Jugendarbeit engagieren.

Auch gilt unser Dank allen Firmen und Beschäftigten am Standort Marktheidenfeld sowie allen Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, nur durch deren Wertschöpfung können wir uns überhaupt eine Vielzahl der vorangegangenen Gedanken machen und besonders in dieser Situation ist der starke Zusammenhalt spürbar.

Von dieser Stelle auch Dank an die örtliche Presse für ihre positive Berichterstattung. Ein außergewöhnliches Jahr liegt hinter uns und das neue Jahr startet ebenfalls alles andere als normal. In dieser Situation möchte ich in meiner Funktion als Fraktionsvorsitzender der CSU bei allen Beteiligten für die gute und konstruktive Zusammenarbeit im letzten Jahr bedanken. Für dieses Jahr 2021 wünsche ich uns allen neben bester Gesundheit ein gutes Gelingen der gesteckten Ziele für unser Marktheidenfeld!“

25.2 Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden proMAR

Für die Fraktion proMAR spricht Fraktionsvorsitzender Heinz Richter.

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Sehr geehrte Frau Kämmerin,
Sehr geehrte Kolleginnen und Kolleginnen im Stadtrat,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

zunächst darf ich mich im Namen unserer Fraktion bei allen Mitarbeitern der Stadt Marktheidenfeld und den vielen ehrenamtlich Tätigen sowie allen, die sich für unsere Stadt und das Umland einsetzen für ihr großes Engagement in schwierigen Zeiten bedanken. Dem Dank unseres Bürgermeisters aus seiner Haushaltsrede schließen wir uns von Herzen gerne an.

Auch wenn wir uns gerade als neue Stadtratsfraktion eine einfachere Zeit hätten vorstellen können, ist es – so denke ich – dennoch gelungen, unter erschwerten Bedingungen verschiedenste Akzente zu setzen. Die Bandbreite reicht von Standardthemen des Stadtrates wie Bauprojekten und Fördermaßnahmen über Formen des städtischen Gedenkens bis zur Gründung einer Bädergesellschaft und zur Entwicklung einer gemeinsamen Position für die Nachnutzung unseres örtlichen Krankenhauses.

Wenn es nun darum geht für das Jahr 2021 einen Haushalt aufzustellen und für die weiteren Jahre Haushaltsansätze festzulegen, kommen mir zwei Sprichwörter in den Sinn:

„Benimm dich nicht wie der Elefant im Porzellanladen“
und
„Vorsicht ist die Mutter der Porzellanlust“.

Als Elefant im Haushalt der Stadt Marktheidenfeld hat das gegenwärtige Pandemiegeschehen das Potential die städtischen Finanzen zu erschüttern. Wir sind in großer Ungewissheit von Einnahmen und außerordentlichen Ausgaben. Auch wenn der Haushaltsentwurf bzgl. der Einnahmen weitgehend von gleichbleibenden Gewerbe- und Umsatzsteuereinnahmen ausgeht, weiß derzeit niemand von uns, wie es um unsere Firmen am Ende dieses Jahres tatsächlich wirtschaftlich bestellt ist. Wir hoffen alle, dass die gesunde Struktur unserer Wirtschaft sich auch in dieser Krise der Realwirtschaft bewähren wird. Eine Sicherheit oder gar Garantie, dass unsere Stadt auch diesmal von größeren Einbußen verschont bleibt, gibt es jedoch nicht. Dies muss uns allen bewusst sein.

Die Rolle des zweiten Elefanten im Porzellanladen des städtischen Haushalts spielen die Altlasten aus der bzw. den vergangenen Wahlperiode(n). Hier sind es genauer gesagt kleinere und größere sowie jüngere und ältere Elefanten, die am Werk waren und sind.

Liest man die Haushaltsreden der vergangenen Jahre, stößt man unweigerlich auf lange Listen an Wünschen, Aufträgen, Forderungen nach Machbarkeitsstudien und Bauprojekten jeglicher Art, in Summe mit immenser finanzieller Auswirkung.

Zu nennen sind die Wünsche nach immer neuen Baugebieten, Sanierungen und Neubauten. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch, viele dieser Projekte mögen der Bürgerschaft zum Vorteil gereichen und manche auch dringend erforderlich sein. Ob diese Projekte jedoch stets in der dann umgesetzten oder beauftragen Form hätten erfolgen müssen oder dürfen, ist mit Nachdruck in Frage zu stellen.

Wenn ich ein Beispiel nennen darf, drängt sich der Neubau der Feuerwache in der Kernstadt geradezu auf:

Hier ist die Notwendigkeit eines Neubaus seit Jahren, wenn nicht bereits Jahrzehnten bekannt gewesen. Dennoch wurde das Thema über Jahre verschleppt, nur um dann an der bisherigen Stelle einen zunächst günstig erscheinenden Ersatzbau zu planen. Zu Beginn wurde die Notwendigkeit eines Interimsquartiers kategorisch verneint, um ein solches dann dennoch für einen mittleren sechststelligen Betrag anzumieten und den Mietvertrag mehrfach zu verlängern. Auch die Baukosten explodierten geradezu und – nebenbei bemerkt – scheint sich die in der Bevölkerung schon vielfach kolportierte Befürchtung, dass die Ein- bzw. Ausfahrt zur Karbacher Straße zu eng bemessen ist durch die zwischenzeitlich notwendige Verlegung eines Strom- bzw. Netzwerkverteilerkastens, zu bestätigen.

In Erinnerung zu rufen ist daher, dass die Kosten bei der Beschlussfassung im Jahre 2015 auf lediglich ca. 7,2 Mio. € geschätzt wurden, sich jedoch nach dem vorliegenden Haushaltsentwurf keinesfalls auf unter 18 Mio. [!] € belaufen werden.

Ein weiteres Beispiel ist das nun wenigstens begonnene Projekt des sozialen Wohnungsbaus Säule II. Hier sind aktuell im Haushalt Gesamtkosten von 8,7 Mio. € veranschlagt. Bei Beginn der Planung im Jahre 2018 wurde allerdings noch von 4,77 Mio. € ausgegangen. Ein Gebäude mit 25 Wohneinheiten für wohlgemerkt sozialen [!] Wohnungsbau mit derartigen Kosten lässt sich in der Bevölkerung nur schwer – bei privaten Häuslebauern überhaupt nicht – vermitteln. Dies umso mehr, als private Investoren mit einer ähnlichen Investitionssumme Bauprojekte mit 25 Wohneinheiten geradezu im Luxussegment verwirklichen können.

Im Bewusstsein der schwierigen kommunalen Förderung stellt sich die Frage, ob ein Privater nicht auch die Säule II schneller und günstiger verwirklichen hätte können. Während im Laufe privater Bauprojekte oft Abstriche bei Raumprogramm und Ausführung gemacht werden, um die Kosten zu senken, scheint es bei unseren öffentlichen Bauprojekten üblich zu sein, durch „Nachträge“ vermeintlich notwendige „Nachbesserungen“ vorzunehmen. Gerade dadurch werden die Kosten in die Höhe getrieben. Hier gilt es, künftig bereits im Planungsverfahren genauer hinzuschauen und insbesondere die erstellten Leistungsverzeichnisse auf Kosten und notwendigen Umfang hin zu überprüfen.

In beiden Fällen zeigt sich zudem auch anschaulich, dass gut gemeint nicht jedenfalls auch gut gemacht ist. Niemand wird bezweifeln, dass die Feuerwache notwendig und bezahlbarer Wohnraum für sozial schwache Bürgerinnen und Bürger dringend erforderlich sind. In beiden Fällen scheint hingegen nicht nur die Planung, sondern auch die Kommunikation mit dem Stadtrat als Entscheidungsgremium zu wünschen übrig gelassen zu haben.

In nahezu jeder Stadtratssitzung dieser Wahlperiode waren Bauprojekte Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung, welche noch in der Vorperiode angestoßen wurden. In den meisten Fällen wichen Haushaltsansatz und tatsächliche Kosten erheblich voneinander ab.

Hieraus leiten wir die konkrete Forderung an Verwaltung und Planer ab, noch kritischer zu prüfen, ob die jeweilige Werkausführung tatsächlich notwendig und geboten ist oder vielleicht doch

eine günstigere Alternative besteht, die den gleichen Zweck erfüllt. Es ist besser, durch einen Ansatz in realistischer Höhe zu riskieren, dass ein Projekt vom Stadtrat verworfen wird, als durch hoffnungsvoll niedrige Ansätze Projekte zu forcieren, die sich bei der Umsetzung als „Fass ohne Boden“ erweisen.

Den Gedanken des „Fasses ohne Boden“ aufgreifend, komme ich zurück auf einen weiteren Elefanten, welcher eigentlich schon seit knapp zehn Jahren im Haushalt herumpoltert, ohne dass er je größere haushaltspolitische Beachtung erfahren hätte.

Um beim Bild zu bleiben, hat der neue Elefant mit Namen „Pandemie“ den bei uns schon heimischen Elefanten mit Namen „Erbbaurechtsvertrag Wonnemar“ aus seinem Versteck gelockt.

Es erschließt sich nur schwer, wie die Stadt Marktheidenfeld einen juristisch derart komplizierten und in wesentlichen Punkten unklar und missverständlich formulierten Vertrag abschließen konnte, welcher obendrein einen zentralen Grundsatz der Übertragung eines Erbbaurechts auf den Kopf stellt. Dieser besagt immerhin, dass typischerweise der Erbbauberechtigte (InterSPA) auf eigene und gerade nicht auf Kosten des Grundstückseigentümers (Stadt Marktheidenfeld) das ihm überlassene Grundstück entwickelt.

Der Vertrag an sich ist das eine. Die haushaltsrechtlichen Konsequenzen hingegen das andere. Oberstes Prinzip der Kämmerei ist die sogenannte „Haushaltswahrheit“. Der aufgestellte Haushalt darf demnach keine bekannten und zu erwartenden Ausgaben verschleiern, missverständlich oder überhaupt nicht bzw. versteckt ausweisen. Genau dies wurde Seitens der Stadt Marktheidenfeld jedoch von Beginn des PPP-Projekts an praktiziert. So wurde der tatsächlich durch die Stadt Marktheidenfeld von InterSPA übernommene Baukredit in den Haushalten der seit dem vergangenen Jahre nicht als Schulden bzw. Finanzierungsaufwendungen ausgewiesen, sondern die jeweiligen Zins- und Tilgungsleistungen als „Zuschuss zur Betriebsführung“ – wie soll man es anders sagen – verschleiert und verschwiegen.

Daher ist es sehr erfreulich und ausdrücklich zu begrüßen, dass diese Verschleierung nun endlich ein Ende hat und die Stadt ab sofort im Haushalt wieder die realen Zahlen ausweist. Die hiermit einhergehende „Aufhellung“ der Pro-Kopf-Verschuldung ist hinzunehmen. Deren Ausmaß muss uns jedoch Warnung und Anlass sein, sie in den kommenden Jahren nicht ins Uferlose anwachsen zu lassen, sondern im Gegenteil auf ein erträgliches Maß zurückzuführen.

Auch wenn die im Wege des Heimfalls nun möglicherweise erfolgende Rückübertragung des Erbbaurechts an die Stadt Marktheidenfeld den Stadtrat als Entscheidungsgremium vor ganz neue Herausforderungen stellt, ist damit hoffentlich eine Vertragskonstruktion beendet, die man niemals hätte eingehen dürfen – so zumindest meine persönliche juristische Einschätzung. Man hat sich abhängig von den Entscheidungen eines Privatunternehmers gemacht und praktisch dessen volles finanzielles Risiko übernommen, ohne selbst das Heft des Handelns in der Hand zu behalten.

Hier gilt es im kommenden Haushaltsjahr eine über Jahre tragfähige Lösung für die Bürger und Gäste unserer Stadt zu finden. Uns allen und insbesondere den verantwortlichen Verhandlungsführern – Herrn Bürgermeister Thomas Stamm, Frau Kämmerin Christina Herrmann und Herrn geschäftsleitenden Beamten Matthias Hanakam – wünschen wir hierfür viel Durchhaltevermögen und ein glückliches Händchen!

Da diesbezügliche Haushaltsansätze weder vorgenommen werden können noch derzeit abzu-sehen sind, bleibt die Regelung der Details vermutlich Nachtragshaushaltsbeschlüssen vorbehalten.

Eines muss allen aber klar sein: Ein kommunales Schwimmbad kostet immer Geld. Es kosten-deckend zu betreiben, ist praktisch nicht möglich.

Da wir immerhin ein technisch einwandfreies Bad mit Sauna und Therme haben, besteht jedoch die begründete Hoffnung hiermit hinreichende Einnahmen zu generieren.

Das Potential, den von mir mit einer Porzellankiste verglichenen städtischen Haushalt zu erschüttern und ihn darum neu sortieren zu müssen, hat der Weiterbetrieb unseres Schwimmbades mit Sauna- und Thermalbereich jedoch allemal.

Vor dem Hintergrund der beiden großen Elefanten halten wir es für dringend geboten, im Jahre 2021 bei den Haushaltsausgaben Mäßigung zu zeigen, damit unser städtisches Porzellan die Erschütterungen möglichst unversehrt übersteht.

Dies bedeutet allgemein:

1. Die bereits begonnenen sowie vollständig geplanten und genehmigten bzw. im Genehmigungsverfahren befindlichen Bauvorhaben sind so schnell wie möglich weiter voranzubringen und zu Ende zu führen.
2. Die anstehenden und im Haushaltsentwurf ausgewiesenen Infrastrukturmaßnahmen wie Straßensanierungen, Brunnensanierungen und notwendige Neu- und Ersatzbauten sind weiterzuverfolgen. Die Erfahrung zeigt, dass ein Aufschub die Kosten nur weiter in die Höhe treibt und mit einem sich hinziehenden Investitionsstau niemandem gedient ist.
3. Sämtliche weiteren Bau- und Entwicklungsprojekte sind vorerst zurückzustellen. Soweit hier bereits Machbarkeitsstudien in Auftrag gegeben sind, sind diese fertigzustellen, um für künftigen Entscheidungen hinreichende Grundlagen zu haben. Es sind jedoch diesbezüglich keine konkreten, darüber hinausgehenden Ansätze im Haushalt vorzunehmen.

In konkreter Hinsicht folgt hieraus:

Zu streichende Haushaltsansätze:

Die im Haushaltsentwurf aufgenommenen Ausgaben für Grundstücksankauf (vgl. Unterabschnitt 6150 Nr. 9320 Erwerb von Grundstücken) sowie für die nur angedachten und im Rahmen von Machbarkeitsstudien projektierten Baugebiete in Marienbrunn und am Strickberg sind zu streichen.

Dies betrifft den Unterabschnitt 6300, Nr. 95020 und 95036; Unterabschnitt 7000, Nrn. 95005 und 95016; Unterabschnitt 8150 Nr. 95018.

Wir fordern allerdings, wie bereits in der Stadtratssitzung am 15.10.2020 geschehen, die Verwaltung dringend auf, sowohl in den Stadtteilen wie in der Kernstadt mit Nachdruck zu eruieren, inwieweit städtebaulich unproblematische, faktisch bebaubare Grundstücke, welche bisher unbebaut geblieben sind, in absehbarer Zeit einer Bebauung zugeführt werden können. Solange solche Grundstücke bestehen, ist ein weiterer Flächenverbrauch durch neue großflächige Baugebiete weder ökologisch noch wirtschaftlich darstellbar.

Es ist daher dringend erforderlich, Kontakt mit den Eigentümern solcher Grundstücke aufzunehmen und – wo immer möglich – Baurecht durch Einbeziehungs- und Ergänzungssatzungen zu schaffen. Die Devise für die nächsten Jahre muss sein, die Schließung innerörtlicher Baulücken gezielt anzugehen, statt immer neue Baugebiete auszuweisen. Auf diese Weise könnte unserer Einschätzung nach insbesondere in Marienbrunn ortsansässigen Bauwilligen rasch geholfen werden, statt diese auf einen Bauplatz in etwaigen Neubaugebieten zu vertrösten. Dies zumal nach dem geltenden Flächennutzungsplan noch Grundstücke in Wohnbau- bzw. Dorfgebietsflächen zu finden sind, welche bedauerlicherweise in rechtlicher Hinsicht nicht mehr als im „Zusammenhang bebauter Ortsteile“ im Sinne des § 34 Abs. 1 BauGB gelegen angesehen werden.

Zudem erinnern wir in diesem Zusammenhang dringend an unsere bereits in der Stadtratssitzung vom 15.10.2020 formulierte Aufforderung an die Verwaltung, bei den Eigentümern des vor 1999 im Flächennutzungsplan als Wohnbebauung ausgewiesenen Gebiets oberhalb des Lauterpfads nochmals nachzufragen, ob bei diesen nach über 20 Jahren nicht vielleicht doch Verkaufs- bzw. Tauschbereitschaft bzgl. ihrer Grundstücke besteht.

Gerade im Hinblick auf Ortsbild und Dorfcharakter wäre eine Bebauung an dieser Stelle deutlich geeigneter als ein tief in die umgebende Landschaft ausgreifendes Neubaugebiet. Um im Bild zu bleiben: Halten wir hier die Elefanten fern, damit nicht unnötig Porzellan zu Bruch geht. Lasst uns stattdessen eine Bestandsaufnahme durchführen, damit die versteckten Schätze unserer Porzellankiste den Bürgern bzw. Häuslebauern zugutekommen.

Weitere kleinere Haushaltsansätze:

Im Haushaltsentwurf finden sich neben den großen Prestigeprojekten auch diverse kleinere Positionen, welche einzeln betrachtet durchaus nachvollziehbar und gerechtfertigt erscheinen. In Summe erreichen jedoch auch diese Beträge eine Höhe, welche die Umsetzungsnotwendigkeit in Gänze als zumindest zweifelhaft erscheinen lässt. Bei einigen Punkten stellt sich zudem die Frage, warum die durchzuführende Maßnahme nicht bereits viel früher umgesetzt wurde. Zu nennen sind hier beispielsweise die in Unterabschnitt 4641 unter den Nrn. 9400 und 9401 zu findenden Haushaltsansätze für den Kolpingkindergarten.

Zum einen sind Kosten für die sicherlich notwendige und zeitnah durchzuführende Neuerrichtung des Kindergartens in Höhe von 25.000 € aufgenommen. Zum anderen findet sich aber ein Haushaltsansatz für die Sanierung der dortigen sanitären Einrichtungen. Auch dies mag dringend erforderlich sein. In einen wohl bald durch einen Neubau zu ersetzenden Kindergarten nochmals 90.000 € investieren zu müssen, zeugt jedoch von unzureichender Instandhaltungsplanung und grenzt an Verschwendung öffentlicher Gelder.

Weitere fragliche Positionen sind bspw. die Anschaffung von Ortsbegrüßungsschildern für 10.000 €, IT im Wert von 150.000 €, eines Datenschutzkonzeptes für 100.000 €, von Dachbeschattung für die Stadtbibliothek in Höhe von 15.000 € oder die Errichtung des Buswendeplatzes am Wonnemar für 80.000 €.

Vor diesem Hintergrund halten wir es für dringend geboten, auch die vielen Einzelpositionen im laufenden Betrieb nochmals auf Notwendigkeit hin zu überprüfen und im Einzelfall eher zurückhaltend mit der Umsetzung und Anschaffung zu agieren. Da es uns fernliegt, diese Positionen im Einzelnen durchzugehen und zur Abstimmung zu bringen, belassen wir es bei der Bitte um Beachtung dieses Appells im gegebenen Fall. Sparsamkeit stünde uns in diesen Zeiten jedenfalls gut zu Gesicht!

Anfragen/Prüfungen:

Unabhängig von den konkreten Haushaltsansätzen erlauben wir uns, auf bereits – in einem im vergangenen Mai an den Ersten Bürgermeister und die Stadtverwaltung gerichteten Schreiben – benannte Punkte zurückzukommen. Diese betreffen konkrete Sorgen und Nöte unserer Bürger und wurden vor allem im Rahmen von Wahlversammlungen an uns herangetragen. Es liegt uns daher besonders am Herzen, diese weiter zu verfolgen.

Dies ist zum einen eine verbesserte Radweganbindung der Grafschaftsdörfer an die Kernstadt. Die aktuelle Situation genügt in keiner Weise zeitgemäßen Maßstäben. Hier bitten wir die Verwaltung zu prüfen, wie und ob möglichst kostengünstig Abhilfe und Verbesserung geschaffen werden kann.

Weiterhin und ebenfalls die Stadtteile der „Grafschaft“ betreffend, fordern wir die Verwaltung auf, zu prüfen, ob neben der rein tariflichen Anbindung der Stadtteile an den Stadtbus noch zusätzliche Möglichkeiten der Anbindung an die Kernstadt möglich sind. Gerade an Vormittagen und am Wochenende wird die bestehende Busverbindung als unbefriedigend empfunden. Dass eine gut dreiviertelstündige Busfahrt von Michelrieth über die Grunddörfer in die Kernstadt nicht nur unattraktiv ist, sondern geradezu von der Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel abschreckt, ist offensichtlich, so dass über ein verbessertes Angebot nachgedacht werden sollte.

Ebenfalls ungelöst ist das Problem der zunehmenden nächtlichen Lichtverschmutzung durch die bestehenden Industrieparkplätze im Stadtteil Altfeld, die durch die beiden gerade in Bau und

Planung befindlichen neuen Baugebiete noch verstärkt wird. Wir schlagen vor, mittels Installation neuer, punktuell leuchtender Lichttechnik, zeitweisen Abschaltungen bzw. der Umstellung auf Bewegungssensoren die Nachtruhe zu verbessern. Zugleich fordern wir, diesen Aspekt bei künftigen Planungen zu berücksichtigen und diesbezüglich aktiv das Gespräch mit Betrieben und Eigentümern zu suchen.

Auch das Problem der Gesundheitsversorgung ist weiter offen und dringend. Hier verweisen wir auf den von unserer Fraktion beantragten Erlass einer Resolution, welche die zügige Umsetzung des Kreistagsbeschlusses vom Juli 2018 zur Schaffung eines medizinischen Stützpunktes in Marktheidenfeld, ggf. unter Beteiligung der Stadt Marktheidenfeld, fordert. Dieser gewaltige Elefant muss endlich vom Eis und in Bewegung kommen.

Um noch einmal auf den im vergangenen Jahr eingewanderten Elefanten namens Corona-Pandemie zurückzukommen, beantragen wir, die am 15.05.2020 beschlossene Aussetzung der Erhebung von Sondernutzungsgebühren auch für das Jahr 2021 zu beschließen. Auch wenn es finanziell nur ein kleiner Betrag sein mag, so dürfen wir die Geschäfte, Lokale und Vereine unserer Stadt nicht im Stich lassen und sollten sie von Lasten befreien, deren Verfügungsgewalt bei der Stadt liegt. Wir sehen darin ein Zeichen der Solidarität und des Zusammenhaltes in schwierigen Zeiten.

Nach einem Jahr des zeitweise gänzlich brachliegenden öffentlichen Lebens gilt es, sobald dies wieder möglich ist, auch Akzente für die Jugend unserer Stadt zu setzen. Dass die Erneuerung des Skaterplatzes sowie des Jugendraums in Altfeld aktuell aufgrund Lärm- und Schallschutzvorschriften durch das Landratsamt in Frage gestellt werden, muss uns in Sorge über die künftige Umsetzbarkeit von Projekten für Jugend und jung Gebliebene versetzen. Es darf nicht sein, dass diese öffentlichen Einrichtungen das gleiche Schicksal wie das Lichtspielhaus erleiden.

Hier gilt es Mittel und Wege zu finden, einen Ausgleich mit Behörden und Anwohnern zu finden ohne den Anspruch des in Art 28 Abs. 2 GG niedergelegten gemeindlichen Grundrechts, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung regeln zu dürfen, aufzugeben. Dieses Recht ist ganz im Gegenteil energisch einzufordern!

Abschließend bleibt die Hoffnung, dass wir durch einen umsichtigen und kostenbewussten Umgang mit den Haushaltsmitteln den städtischen Porzellanladen wohlsortiert, aufgeräumt und möglichst unbeschädigt ins nächste, hoffentlich wieder normal verlaufende Jahr bringen. Hierfür wünsche ich im Namen der proMAR Fraktion gutes Gelingen auf der Grundlage einer kollegialen und konstruktiven Zusammenarbeit.“

25.3 Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der Freien Wähler

Für die Fraktion der Freien Wähler spricht Fraktionsvorsitzender Burkhard Wagner.

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Ratskolleginnen und -kollegen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, geschätzte Vertreter der Verwaltung und der Presse!

Mit dem Beginn der neuen Wahlperiode im Mai dieses Jahres sahen und sehen wir uns vielfältigen Herausforderungen gegenüber. Einerseits verlangen die Auswirkungen der sogenannten „Corona-Pandemie“ sehr große Anstrengungen und Einschränkungen von uns ab, andererseits und zeitgleich gilt es die Herausforderungen und Notwendigkeiten des Alltages in unserer Stadt bestmöglich zu gestalten.

Bereits zu Beginn unserer Stellungnahme zum Haushalt für das Jahr 2021 möchten wir uns deshalb ausdrücklich bei allen Mitbürgern, Institutionen, Hilfsdiensten und Vereinen, für ihr um-

sichtiges, respektvolles und vorausschauendes Handeln zum Wohle unserer Gemeinschaft auf das Herzlichste bedanken.

Eine grundlegende Basis hierfür bildet zweifelsohne die gute finanzielle Ausstattung unserer Stadt durch die entsprechenden Einnahmen aus der Gewerbe- sowie der Einkommenssteuer. In solchen außergewöhnlichen Situationen sollten wir uns bewusstmachen, in welcher exponierten Situation wir hier zum Wohle unserer Stadt handeln dürfen. Dafür auch bereits jetzt unser aufrichtiges Dankeschön an alle Unternehmen, Betriebe, Dienstleister sowie die dort beschäftigten Dienst- und Arbeitnehmer.

Wir können rückblickend auf die bisherige Stadtratstätigkeit getrost feststellen, dass wir seriös, verantwortungsvoll und zukunftsorientiert gearbeitet haben.

Durch die Ausweisung von Industrie- und Gewerbeflächen sind wir als Stadt in der Lage sehr zeitnah auf Anfragen und Interessensbekundungen von Firmen und Betrieben zu reagieren. Ebenso konnten wir mit Augenmaß weitere Flächen für bauwillige Familien zur Verfügung stellen.

Für die Weiterentwicklung unserer Stadt sehen wir hier aber die dringende Notwendigkeit die Ausweisung neuer Areale in Außenbereichen extrem kritisch zu betrachten und entsprechend sensibel zu agieren.

Unsere Fraktion sieht hier für die nächsten Jahre eine besondere Priorisierung bei der Aktivierung von Wohn- und Nutzflächen im Innenbereich unserer Ortskerne. Hier unterscheiden wir nicht zwischen unserer Kernstadt und unseren Stadtteilen.

Mit dem demographischen Wandel gehen allgemein einschlägige Bevölkerungsverluste einher. Insbesondere unsere dörflich geprägten Stadtteile sind davon spürbar betroffen. Viele junge Menschen verlassen ihre Heimatdörfer zu Studien- und Ausbildungszwecken und kehren anschließend nur noch in kleiner Zahl zurück. Gleichzeitig sind die Geburtenzahlen rückläufig. Für ländliche Regionen heißt das: weniger und durchschnittlich ältere Bewohner. Eine Folge ist eine steigende Zahl an Gebäuden, die nur noch teilweise oder gar nicht mehr genutzt werden und auch verfallen. Das Ortsbild leidet aber nicht nur unter den Leerständen, sondern auch unter brachliegenden, unbebauten Grundstücken, die keiner Nutzung unterliegen.

Vor diesem Hintergrund möchten wir das Leitziel "Innen- vor Außenentwicklung" noch stärker in das öffentliche Bewusstsein stellen. Als logische weitere Schritte, nach der Installation des Baupiloten, der bewährten Förderkulisse zur Altstadtsanierung sowie der Auflage der Gestaltungsfibel für unsere Stadtteile, sehen wir die Notwendigkeit zur aktiven Mitgestaltung der Innenentwicklung aller Ortskerne. Konkret beantragen wir deshalb die Einstellung eines Haushaltstitels zum Erwerb von Flächen und auch bebauten Grundstücken, welche keinerlei Nutzung erfahren. Sehr positiv sehen wir hier auch die Berücksichtigung dieses Haushaltstitels durch unsere Verwaltungsspitze. Um jedoch nicht nur in der Kernstadt, sondern auch in den Stadtteilen aktiv agieren zu können beantragen wir hierfür entsprechende Haushaltsmittel. Als angemessen und notwendig betrachten wir hier in der HH-Stelle 6150.9320 die Summe von 2.000.000 €, um dem Stadtrat und der Verwaltung den entsprechenden Spielraum zu verschaffen.

Ausdrücklich gespannt blicken wir auf die vom Landkreis Main-Spessart avisierte Weiterentwicklung und Nachnutzung des – leider – ehemaligen Kreiskrankenhauses. Hier wünschen wir uns eine vorausschauende Kommunikation seitens des Landratsamtes und seiner Dienstnehmer. Als zielführend und hilfreich erachten wir hier, dass wir als Interessenvertreter unserer Stadt mit Nachdruck und kooperativ auf die medizinischen, strukturellen und sozialen Notwendigkeiten und Bedarfe hinweisen.

Ein durchaus attraktives Gelände sehen wir auch auf dem Areal neben dem ehemaligen Kreiskrankenhaus. Dort wird nach wie vor ein Hubschrauberlandeplatz vorgehalten. Ebenso interessant betrachten wir die Flächen der aktuellen Gemeinschaftsunterkunft. Wir beantragen die

proaktive Kontaktaufnahme mit dem Landkreis Main-Spessart, ob dieses Quartier, oder auch nur Teile davon, für Wohnbebauung zur Verfügung stehen kann.

In diesem Zusammenhang erkennen wir auch weiterhin einen akuten Handlungsbedarf im Bereich der vorhandenen Infrastrukturen, sprich Straßen, Kanäle, Wasserleitungen. Statt weiterhin eine aktive Erweiterung und damit auch Zersiedelung der Ortskerne voranzutreiben, sollten wir unser Augenmerk besonders auf den Erhalt und die Pflege bestehenden städtischen Eigentums legen. Die Bedarfe und Notwendigkeiten sind im Haushaltsentwurf der Stadtverwaltung unmissverständlich erkennbar.

Mit großem Interesse erwarten wir auch weitere Detailplanungen für das ehemalige „Lermann-Areal“. Es bleibt abzuwarten und sollte äußerst kritisch begleitet und betrachtet werden, ob sich dieses Vorhaben als Bereicherung aus städtebaulicher Sicht und als Magnet für den Einzelhandel entpuppt. Wenn dies erkennbar nicht der Fall ist, sollte durch unser Gremium konsequent gegengesteuert werden, um eventuelle durch das Vorhaben verursachte negative Auswirkungen auf die Stadtentwicklung zu vermeiden. Zu beachtende Indikatoren sind hier zukünftige Verkehrsströme, Lärmimmissionen, Sicherung von Aufenthaltsqualität, großflächige Versiegelung innerstädtischer Freiflächen.

Ein zeitnaher Beratungsbedarf besteht auch für unsere städtische Bauschutt- und Erdaushubdeponie "Plattenschlag". Wir beantragen hier eine konkrete Prüfung im Hinblick auf die weiteren Nutzungskapazitäten sowie Rückmeldung und Vorlage der Prognosen im Stadtratsgremium. Zu beraten wäre hier auch, ob die Möglichkeit geschaffen wird, um beim Abriss bzw. der Ertüchtigung von Altbauten durch private Initiativen Teilmengen des Bauschutts kostenlos angeliefert werden dürfen. Als Vergleich kann hier das Procedere einer Nachbargemeinde betrachtet werden.

Neben der Stärkung der Innenbereiche unserer Ortskerne betrachten wir auch als ein zwingendes Erfordernis, die Voraussetzungen für den Fahrradverkehr deutlich zu verbessern. Wir beantragen deshalb, dass grundsätzlich alle Bau- und besonders Straßenbaumaßnahmen auf die Berücksichtigung von Fahrrad- und Schutzstreifen hin überprüft und beplant werden.

Nachdem nun unsere „Neue Feuerwache“ entsprechende Baufortschritte aufweist und im Jahr 2021 sicherlich in Betrieb genommen werden kann, eröffnet sich die besondere Möglichkeit zur Planung und Errichtung eines Parkdecks auf der Fläche der Interimslösung unserer Feuerwehr. Wie bereits mehrfach unsererseits thematisiert und bedauerlicherweise bis zum heutigen Tag ergebnislos, beantragen wir die Einstellung von 1.000.000 € für die Realisierung dieses Projektes in enger Abstimmung und vorausschauender Kommunikation mit unseren Großbetrieben.

Ein weiterer Aspekt ist die hoffentlich zeitnahe Errichtung der neuen Mehrzweck-Sporthalle für die kreiseigenen Schulen. Hier ist unser eindeutiges Bestreben, dass dieses Gebäude multifunktional genutzt werden kann, folglich auch für Veranstaltungen mit Zuschauern und Besuchern. Hierdurch entsteht ein weiterer klar definierter Bedarf an Park- und Stellflächen im unmittelbaren Umgriff.

Wir sehen diesem Neubau einer multifunktionalen Sporthalle durch den Landkreis Main-Spessart erwartungsvoll entgegen. Um zeitgemäße und zukunftsorientierte Ergänzungen zu ermöglichen, beantragen und befürworten wir hierfür die Bereitstellung der entsprechenden Haushaltsmittel.

Im Hinblick auf innerstädtische Infrastruktur mit Verkehrs- und Parkraumplanung vermissen wir weiterhin belastbare Aussagen und die Schaffung von Alternativen. Die von uns angestoßene Initiative zur Herstellung einer „Röhrendurchfahrt“ unter dem östlichen Brückenkopf wurde im Ratsgremium nicht unterstützt. Wir sehen hier nach wie vor planerische und gestalterische Möglichkeiten um innenstadtnahe Möglichkeiten zu schaffen und werden unsere konstruktiven Vorschläge im Rahmen der Arbeitsgruppe Mainufergestaltung einbringen.

Als äußerst bedauerlich sehen wir in diesem Zusammenhang auch die willkürliche Flächenversiegelung am städtischen Parkplatz am Jugendzentrum. Die aktuelle Situation entspricht in keiner Weise unserer eigenen städtischen Stellplatzsatzung. Hier erwarten wir umgehend entsprechende Maßnahmen seitens der Stadtverwaltung und stellen hiermit einen Prüfauftrag. Im Zuge dieser Prüfung wiederholen wir auch unsere Forderung zur Installation weiterer E-Ladestationen unter Berücksichtigung von Förderkulissen auf Landes- und Bundesebene.

Durch die erfreuliche Einstellung eines Gärtnermeisters verfügen wir über die entsprechende fachliche Kompetenz um die bisher bereits gelungenen Maßnahmen zur Intensivierung von mehr Grünflächen in der Stadt fortschreiben zu können. Für die Umsetzung solcher Maßnahmen beantragen wir die Einstellung von 100.000 € für Baumpflanzungen, Baumpflege, Begrünungsmaßnahmen etc.

Miteinhergehend beantragen wir die Einstellung von 30.000 € für die Pflege, Erhalt und evtl. Neuanlage der Streuobstbestände in der Stadt und den Stadtteilen. Zeitgleich verweisen wir hier auf die Befestigung von Hinweisschildern o.ä. für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger zur Ernte von reifem Obst. Diese Markierungen lassen sich sicher bereits ganzjährig während der üblichen Pflegemaßnahmen auf unseren städtischen Grünflächen anbringen und bedeuten so nur einen geringen Mehraufwand. Eine rechtzeitige Veröffentlichung der entsprechenden Hinweise in der „Brücke zum Bürger“ ist für uns selbstverständlich.

Einen klaren Handlungsbedarf erkennen wir auch in unserem Stadtteil Zimmern. Nach Fertigstellung der GEK-Maßnahme „Schwabsgraben“ beantragen wir die entsprechende Bepflanzung des Umfeldes mit heimischen Stauden und blühenden Heckenpflanzen. Ein Ansatz von 10.000 € erachten wir als angemessen.

Bei der Fortschreibung und der weiteren Betrachtung des Mainufers beantragen wir folgerichtig auch die Berücksichtigung der Mainländer im Stadtteil Zimmern. Hier erscheint es möglich und sinnvoll weitere Sitzgelegenheiten zu schaffen um einen qualitätsvollen Aufenthalt dort zu arrangieren. Für die Beschaffung entsprechender Freiraummöbel/Sitzgruppen beantragen wir hier 10.000 €.

Unsere „Lebendige Gärten“ an der Lengfurter Straße erfreuen sich nach wie vor zunehmender Beliebtheit in unserer Bevölkerung. Um auch weiterhin sinnvolle Ergänzungen vornehmen zu können, beantragen wir hier 20.000 € für die Umsetzung weiterer Maßnahmen. Die Fortführung dieses Projektes sehen wir nicht als konträr zur weiteren Entwicklung der Mainufergestaltung.

Durch mehrfache Waldbegänge konnten wir uns klare Eindrücke von den Kalamitäten in unserem Stadtwald verschaffen. An dieser Stelle ein ausdrückliches Lob für das vorausschauende Planen und Handeln unserer städtischen Bediensteten. Wir sehen jedoch auch weiterhin die Notwendigkeit von intensiven Pflegemaßnahmen und Aufforstungen mit standortgerechten Bäumen und Gehölzen. Hierfür beantragen wir erneut die Summe von 100.000 €.

Im Hinblick auf die weitere Erschließung unseres Gewerbeparks „Söllershöhe“, fordern wir weiterhin einen vierteljährlichen Quartalsbericht zu aktuellen Kostenentwicklungen. Vorrangiges Ziel ist hierbei einerseits die Kostenkontrolle, aber auch eine Reaktionsmöglichkeit um notwendige Anpassungen bei Verkaufspreisen zu veranlassen.

Als Kommune obliegt uns auch die Aufgabe sorgfältig mit unseren Haushaltsmitteln umzugehen und zu wirtschaften. Wir beantragen deshalb die Überprüfung und eventuelle Aktualisierung sämtlicher Gebühren, Abgaben, Mieten und Pachten. Die zeitgemäße Auslegung erfordert vermutlich die Einarbeitung einer Indexierung.

Durch die Erarbeitung und Vorstellung des Feuerwehrbedarfsplans für unsere städtischen Feuerwehren konnten wir einen ersten Überblick über weiteres Vorgehen und eventuelle Bedarfe

gewinnen. Hier möchten wir die besondere Feststellung zum Ausdruck bringen, dass diese neben dem Brandschutz und technischer Hilfeleistung, auch elementare Funktionen im sozialen und gesellschaftlichen Bereich erbringen. Wir bitten deshalb unsere Verwaltung sowie die verantwortlichen Führungskräfte um detaillierte und zeitnahe Informationen bei notwendigen Investitionen.

Ein besonderes Merkmal unserer Stadt ist auch die Vorhaltung von familienentlastenden und -unterstützenden Einrichtungen. An erster Stelle sind hier unsere Kindertagesstätten zu nennen. Um hier auch zukünftig die notwendigen und zeitgemäßen Betreuungsplätze vorhalten zu können, beantragen wir eine zeitnahe Prüfung geeigneter Flächen in unserem Stadtgebiet. Mögliche Flächen sehen wir hier entlang der Ludwigstraße und ebenso direkt an der Würzburger Straße auf der Freifläche/Pausenhof der ehemaligen Landwirtschaftsschule. Das Festhalten am Standort Kolpingstraße erachten wir als nicht zwingend, da die genannten Alternativstandorte als Innenstadtnah zu betrachten sind. Hierdurch ergibt sich dann eventuell die Möglichkeit einer innerstädtischen Wohnbebauung.

Im Bereich der städtischen Jugendarbeit erwarten wir zeitnah einen Überblick über die Auslastung und Frequentierung der jeweiligen Angebote. Ein besonderes Interesse haben wir hierbei an der Überprüfung eines Angebotes für den Stadtteil Zimmern. Hier fordern wir eine aktive Kommunikation mit den Jugendlichen und jungen Erwachsenen um Bedarfe, Interessen und räumliche Voraussetzungen zu eruieren.

Beim städtischen Bauhof ist erkennbar, dass weitere Flächen für die Lager- und Vorratshaltung notwendig sind. Hier beantragen wir eine belastbare Prüfung und Planung der Bedarfe. Aktuell wird hier nach wie vor auf Gebäude und Flächen zurückgegriffen, welche eine effektive Ablaufplanung eher behindern. Durch diese Zentralisierungsmaßnahmen sollen unwirtschaftliche Transportwege und vermeidbare zeitliche Streckenverluste minimiert und bestmöglich ausgeschlossen werden. Notwendige Haushaltsmittel sind hierfür vorzusehen.

Einen besonderen Aspekt möchten wir zum Ende unserer Stellungnahme herausstellen und beantragen die Prüfung und Veranlassung notwendiger Maßnahmen unter dem Arbeitstitel „Digitalisierungsoffensive Marktheidenfeld“.

Die aktuelle Corona-Pandemie zeigt auf, dass der Stand der Digitalisierung in unserer Gesellschaft (Betriebe, Verwaltung und vor allem im Schulbereich) bei weitem nicht den Anforderungen und Bedürfnissen gerecht wird. Auch die Stadt Marktheidenfeld mit >240 Mitarbeitern kann sich diesem Wandel nicht entziehen. Wir sollten vor- und nicht nur nachdenken, um rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen einzuleiten. Durch eine Beschleunigung und Veränderung von Prozessen, Strukturen, Verantwortlichkeiten und Datenflüssen wird die Verwaltung der Stadt Marktheidenfeld auf ein neues Niveau gehoben und für die Zukunft noch effektiver gemacht. Es gibt viele gute Gründe für die Forcierung dieser Maßnahmen!

- Unsere Welt verändert sich nachhaltig

Immer mehr Menschen nutzen mobile Geräte, surfen im Internet, kaufen online ein, pflegen Freundschaften über soziale Netzwerke – das Leben findet heute mehr denn je virtuell statt. Gleiches gilt für die Arbeitswelt. Unser Verhalten, unsere Erwartungen und unsere Umwelt verändern sich. Das Internet wird zum Schlüsselfaktor der Digitalisierung und damit einer modernen Gesellschaft. Fakt ist, dass wir es bereits heute mit Abläufen auf allen Ebenen zu tun haben.

- Kosten senken, Qualität steigern

Durchgängige Datenflüsse ermöglichen es, Prozesse zu beschleunigen. Gleichzeitig entfallen Medienbrüche – und damit Fehlerquellen und Verzögerungen. Dies führt zu einer erheblichen Steigerung der Produktivität einer Verwaltung. Oder anders formuliert: die internen Kosten sinken, und die Qualität nach außen steigt. Digitalisierung lässt sich durchaus in Zahlen und Fakten ausdrücken. Das beginnt bei den Durchlaufzeiten von Bearbeitungsprozessen bis hin zur Bewertung der Bürgerzufriedenheit.

- Potenziale erschließen

Viele Softwarehersteller und IT-Anbieter sind in den Startblöcken und warten auf Herausforderungen. Und zwar solche auf Anwenderseite. Technisch ist heute mehr möglich, als sich mancher Verantwortliche vorstellen kann. Wer es versteht, neue Technologien kreativ in seine Arbeitsprozesse und Abläufe einzubinden, kann die Bürgerzufriedenheit stark erhöhen und Prozesseffizienz gewinnen.

- Mit Transparenz zu mehr Sicherheit

Bauchentscheide und das Wissen in den Köpfen langjähriger Mitarbeiter sorgten früher dafür, dass unsere Verwaltung weitestgehend effizient lief. Das Ausscheiden und Ausfälle von Spezialisten mit Fachwissen oder der Verlust von Unterlagen führen rasch zu Problemen. Wer seine Prozesse auf eine digitale Basis stellt, kann solche Herausforderungen besser bewältigen. Die Transparenz – gerade in zentralen ERP-Systemen (<https://www.erp-system.de>) – ist unvergleichbar höher, was nicht zuletzt für mehr Informationssicherheit sorgt.

- Außenseiter verlieren den Anschluss

Moderne IT-Systeme ermöglichen die Verbindung von Online- und Offline-Prozessen. Wer sich diesem globalen, digitalen Netzwerk entzieht, wird rasch zum Außenseiter. Wer zu lange abwartet, verliert nicht nur den Anschluss, sondern muss später vielleicht teures „Lehrgeld“ zahlen, um den Rückstand wieder aufzuholen.

- Image als Dienstleister und Arbeitgeber

Ein Faktor, welcher leider oft unterschätzt wird, ist das Image als Dienstleister und Arbeitgeber, welches mit dem Einsatz digitaler Mittel einhergeht. Für Bürger und kommunale Partner ist das ein Indiz der Nachhaltigkeit, der Wirtschaftlichkeit und vielleicht sogar der Ökologie. Für aktuelle und zukünftige Mitarbeiter kommt damit zum Ausdruck, wie aufgeschlossen ist eine Verwaltung für Veränderungen und was man unter Innovationsfreude versteht. Wer will schon mit einer rückständigen, verstaubten Verwaltung zu tun haben?

Wer digitalisiert, glaubt an die Zukunft.

Wie bereits zu Beginn ausgedrückt, beantragen wir deshalb die Gegensteuerung durch eine Digitalisierungsoffensive, um hier die Effizienz zu erhöhen und auch um weiteren Personalkostenanstiegen entgegenzuwirken. Im Rahmen dieses Prozesses lässt sich auch der Geschäftsverteilungsplan sowie Kompetenzbereiche neu bewerten und strukturieren. Diese Maßnahmen müssen jetzt vorausschauend eingeleitet werden, damit sich die Wirkung schnellst möglich entfaltet.

Eine externe Analyse und Assistenz ist hier unerlässlich.

Ich bedanke mich abschließend bei Ihnen Herr Bürgermeister, den Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates sowie allen städtischen Bediensteten für das Zusammenwirken zum Wohle unserer Stadt.

Besten Dank für die Aufmerksamkeit und bleiben Sie alle gesund!“

25.4 Haushaltsrede der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN spricht Fraktionsvorsitzende Ruth Haag.

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Stadtratskolleginnen und -kollegen,

es freut mich sehr, dass ich für meine Fraktion Stellung zum eingebrachten Haushalt nehmen darf. Dass dies so ist, verdanken wir den Wählerinnen und Wählern, die uns im vergangenen Jahr Vertrauen entgegengebracht und uns ihre Stimme gaben. Dank gilt auch besonders der Kämmerin Frau Christina Herrmann, Geschäftsführer Matthias Hanakam und Bürgermeister

Thomas Stamm. Wir erleben sehr gut vorbereitete, mit Herz für die Stadt agierende Personen, die einen konstruktiv kritischen Austausch zulassen und einfordern.

Auch erleben wir im Stadtrat selber den Beginn eines neuen politischen Miteinanders. Dies ist in mancherlei Hinsicht sicher ausbaufähig. Doch zeigt sich, dass der gegenseitige Wille zum Zuhören und zum Austausch von Argumenten wächst und somit Entscheidungen auf sachlicher Grundlage getroffen werden können.

Das kommende Haushaltsjahr ist aus bekannten Gründen schwer planbar. Wie verhalten wir uns alle in dieser verschärften Situation? Trotz aller Fragezeichen müssen Zukunftsaufgaben angegangen werden, Stillstand darf es nicht geben. Deshalb steht unsere Haushaltsrede unter dem Titel: Nachhaltigkeit und Innovation

Wie schon bisher in unserer Stadtratsarbeit sichtbar, treten wir weiter intensiv für das weitgefächerte Thema Klima- und Umweltschutz ein. Dies ist den nachfolgenden Inhalten unserer Haushaltsrede zu entnehmen. Die beschlossene Freiflächengestaltungssatzung ist der Beginn eines aktiven Umdenkens zur Gestaltung von Flächen in Marktheidenfeld. Diese muss konzeptionell ausgerichtet und konsequent umgesetzt werden. Diese Satzung kann die Gestaltung von Grün- und Freiflächen vorausschauend als grünes Netzwerk in Marktheidenfeld entwickeln und sichern. So wird eine „grüne Infrastruktur“ die Anpassung an den Klimawandel und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger entscheidend gefördert.

Die Schaffung einer Stelle für einen Raum- und Umweltplaner hat für uns nach wie vor hohe Priorität. Wegen der unsicheren Haushaltslage erscheint uns dies im Moment nicht umsetzbar. Umso mehr spielt für uns die Arbeit des Umweltbeirates eine wichtige Rolle.

Die Wasserversorgung Marktheidenfelds mit eigenen Brunnen muss gewährleistet sein. Dies scheint im Moment problematisch. Dazu müssen wir uns auf die gezielte Suche nach neuen Brunnenstandorten begeben. Wie elementar wichtig Wasser als Lebensgrundlage ist, zeigen die Anfragen Marktheidenfelder Schülerinnen und Schüler, nach Wasserspendern an ihrer Schule. Somit stellen wir den Antrag – wenn die Schulen dies wollen – Wasserspender anzuschaffen.

Essentiell erscheint uns die Erarbeitung und zeitnahe Umsetzung eines Radwegekonzepts. Das Radwegenetz innerhalb Marktheidenfelds unter Einbezug der Stadtteile - insbesondere Altfeld - bildet einen maßgeblichen Beitrag zu mehr Klimaschutz. Zusätzlich zu einem Beitrag zum Klimaschutz bedeutet dies für uns jedoch auch, dass die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger maßgeblich erhöht wird. So können wir zum Beispiel bisher froh sein, dass auf dem Schulweg unserer Kinder – egal zu welcher Schule Marktheidenfelds – noch kein größerer Unfall passiert ist. Schon viele Gruppen in der Stadt beschäftigten sich mit dem Thema Radwegenetz, z. B. Schulen, Kirchen, die Grünen und viele mehr. Auf dieses Know-How kann zurückgegriffen werden. Wir fordern daher geeignete Maßnahmen (z. B. eine Projektgruppe unter der Federführung der Stadt Marktheidenfeld), um ein sinnvolles Radwegenetz umzusetzen. Wir beantragen die Einstellung von 25 000 € in den Haushalt, um die Konzeptionierung professionell anzugehen.

Dem kommenden Haushalt ist zu entnehmen, dass mehrere Straßensanierungen anstehen. Hierbei wollen wir den Blick auf das Thema Lichtverschmutzung lenken. Natürlich ist eine Beleuchtung von Straßen oder von Fußwegen notwendig. Trotzdem müssen in diesem Zusammenhang immer wieder die Fragen gestellt werden: Wie ist eine geringstmögliche Belastung von Menschen, Tieren und Pflanzen möglich? Aspekte der Lichtfarbe, der Richtung und Höhe und der Dimensionierung von Lichtmenge müssen im Vorfeld analysiert werden. Eine Auseinandersetzung im Vorfeld von baulichen Maßnahmen ist von großer Bedeutung. Hierzu bedarf es wie in so vielen Entscheidungen die Änderung des Blickwinkels und die Frage nach dem möglichen Machbaren und nicht die bequeme Haltung: Das war schon immer so. Diese Haltung fordert die Auseinandersetzung der Stadt mit modernen Beleuchtungskonzepten bei zukünftigen Planungen.

Abschließend zum Thema Klimaschutz in Marktheidenfeld weisen wir auf ein 2013 erstelltes hervorragendes Klimaschutzkonzept mit Maßnahmenkatalog hin. Dies ist auf der Homepage veröffentlicht. Es gilt nicht immer ein Rad neu zu erfinden. Es geht darum gute Ideen umzusetzen. Werden aufgrund des Klimakonzeptes in Zukunft vermehrt Entscheidungen in Marktheidenfeld getroffen, leisten wir einen großen Beitrag zum Thema Klimaschutz in Marktheidenfeld.

Ausdrücklich bedanken möchten wir uns bei unseren Stadtratskolleginnen und Kollegen für die Zustimmung zur Installation von Stolpersteinen in Marktheidenfeld. Für die Umsetzung beantragen wir eine Summe von 4000 € in den Haushalt einzustellen.

In meiner Haushaltsrede möchte ich Sie nun mitnehmen zu unseren Gedanken zum Thema „Schaffung von Wohnraum“. Will Marktheidenfeld und seine Ortsteile ein attraktiver Standort besonders für Familien und Firmen bleiben, dann stellt sich die Frage nach bezahlbarem Wohnraum. In den vergangenen Jahrzehnten wurden hierfür Wohngebiete erschlossen und von der Bevölkerung dankend angenommen. Mögliche Erschließungen von Baugebieten in den Ortsteilen wurden in die Wege geleitet. Weiter muss der Blick dahin gelenkt werden, wie eine Nachverdichtung innerhalb der Stadt und ihren Ortsteilen möglich sein kann. Es bedarf hier einer intensiven Auseinandersetzung mit möglichen Förderprogrammen. Was kann die Kernstadt noch bieten? Keine Option für eine Wohnbebauung ist für uns das ökologisch wertvolle Gebiet „Lutzenpfad“ (oberhalb des neuen Friedhofs).

Vielmehr lenken wir den Blick auf den Mainberg. Nicht überhastet, aber mit einem klaren Konzept besteht die Möglichkeit, hier ein Wohngebiet unter nachhaltigen und gleichzeitig innovativen Gesichtspunkten anzudenken. Wir Grüne setzen dabei auf ressourcenschonenden und energieeffizienten Neubau, der im Rahmen wirtschaftlicher Rentabilität gelebte Nachhaltigkeit ist. Auch hier muss das Rad nicht neu erfunden werden.

Hierfür liegen schon anderenorts hervorragende Ideen und Konzepte vor: Fragen nach der technischen Qualität, der Ökobilanz, nach der ökonomischen Qualität müssen im Zusammenspiel betrachtet und bewertet werden. Diese Faktoren müssen in einem Bebauungsplan für solch ein Gebiet gespiegelt werden. Die Anbindung an die Westtangente kann für den Autoverkehr genutzt werden. Fußgänger und Radfahrer erreichen die Kernstadt unproblematisch über den alten Streckenabschnitt der ehemaligen B 8 und die alte Mainbrücke.

Als vorletzten Punkt möchten wir den Blick auf die Themen Mainufergestaltung und Stadtentwicklung lenken. Gute Ansätze wurden gestartet. Natürlich erschwert Corona die Auseinandersetzung hierüber. Es scheint uns jedoch unerlässlich diese Themen in diesem Jahr wieder in den Blick zu nehmen und konsequent Entscheidungen einzufordern. Diese dürfen nicht mit dem Argument verschoben werden, dass eine heutige Festlegung nicht mehr zu einer Entscheidung in 5 Jahren passen könnte. Durch solche Argumentation wird jede Entwicklung und Innovation außer Kraft gesetzt. Entscheidungen können hier auch wehtun. Es ist jedoch alles besser als abzuwarten und immer weiter in die Zukunft zu verschieben. Wir fordern, dass Beschlussfassungen unter Einbezug von Expertenwissen und dem ISEK-Programm zeitnah getroffen werden.

Abschließend wenden wir uns dem Thema Digitalisierung zu. Die digitale Welt verändert alle unsere Lebensbereiche. Dies erfährt aktuell jeder. Wir erleben jedoch auch, dass der digitale Umbruch in Deutschland vielerorts lahmte. Dies können wir durch Ideen in unserer Haushaltsrede nicht verändern. Um eine Vorreiterrolle in Marktheidenfeld einzunehmen fordern wir jedoch in mehreren Bereichen die digitale Kompetenz unserer Bürgerinnen und Bürger zu nutzen: Wir brauchen einen digitalen Startschuss in Form von Videokonferenzen für die installierten Beiräte. Im Moment verstreicht zu viel gute Zeit ohne Austausch und Innovation. Wir wollen einen zeitgemäßen Informationsfluss, der auf die Möglichkeit der Nutzung von digitalen Medien zurückgreift. Konkret sprechen wir uns für eine Marktheidenfeld-App aus, die über Prozesse der Stadt berichtet, jedoch auch schnell und zeitnah über Ereignisse und Veränderungen informieren

kann (z. B. Schließung von Straßen wegen Baumaßnahmen, lokal Wissenswertes zum Thema Corona, sich verändernde Öffnungszeiten von z. B. der Deponie).

Des Weiteren sprechen wir uns dafür aus, Möglichkeiten zu schaffen – dies nicht nur in Coronazeiten – die öffentlichen Stadtratssitzungen per Livestream in die Häuser Marktheidenfelds zu übertragen. Die immer wieder gewünschte größere Bürgerbeteiligung, das Wecken von Interesse an politischen Prozessen, der barrierefreie Informationsfluss scheint uns so unter der Aufwendung von relativ geringen Kosten für die Bürgerinnen und Bürger Marktheidenfelds und ihrer Stadtteile ortsungebunden möglich. Was für eine Chance! Für die Digitalisierung des Informationsflusses beantragen wir 50.000 € in den Haushalt einzustellen.

Wir freuen uns auf eine sachbezogene, wertschätzende Kooperation mit allen Stadtratsmitgliedern und dem Bürgermeister zum Wohle der Stadt Marktheidenfeld. Vielen Dank.

25.5 Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der SPD

Für die Fraktion der SPD spricht Fraktionsvorsitzender Hermann Menig.

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates, Vertreter der Verwaltung, der Presse und interessierte Zuhörer hier im Ratssaal, die trotz Corona-Maßnahmen, den Weg hierher gefunden haben.

Zunächst darf ich zum Beginn meiner Ausführungen als Redner der kleinsten Fraktion nicht vergessen, unsere Kämmerin, Frau Herrmann, ganz besonders zu grüßen und ihr für die Vorbereitung und Erläuterung des umfangreichen Zahlenwerks „Haushaltsentwurf 2021“, das sie in gewohnter Manier mit ihrem Team ausgearbeitet und in den Haushaltsberatungen und Stadtratssitzungen vorgetragen hat, zu danken.

Ohne näher auf die Haushaltszahlen eingehen zu wollen, da dies sicherlich von meinen Vorrednern umfangreich getan wurde, muss ich doch erwähnen, dass der geplante Haushaltsentwurf 2021 schon vor Genehmigungsbeschluss des Stadtrats und Veröffentlichung als Rekordhaushalt titulierte wird. Hier wirft sich die Frage auf: Ist nicht jeder Haushalt der vergangenen Jahre ein Rekordhaushalt gewesen? Aber sind diese Rekordhaushalte entstanden, weil man „Geld mit vollen Händen“ rausgeschmissen hat, wie das gerne von wissenslosen Mitbürgern kritisiert wird, oder ist es vielmehr der Tatsache geschuldet, dass die Stadt Marktheidenfeld immer mehr Aufgaben und Investitionen schultern muss, die Kostenentwicklung immer höher wird und der Personalbedarf innerhalb der Stadtverwaltung auch größer werden muss, um alle anfallenden Arbeit erledigen zu können?

Die Herausforderung „Digitalisierung“ in der Verwaltung macht Schulung und Fortbildung notwendig, aber auch Stellenmehrung. Diese wiederum ist aber auch notwendig für den laufenden Betrieb, wie dies im neuen Stellenplan ersichtlich ist.

Die Frage wäre, welcher finanzielle Rahmen ist dafür nötig? Ich denke hier ist der weise Spruch: "So viel wie nötig und so wenig wie möglich"!

Darüber hinaus verlassen wir uns auf das Wort unseres Herrn Bürgermeister, der in seiner Haushaltrede versprach, sorgsam, also vorsichtig und umsichtig, mit den städtischen Finanzen umzugehen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muss keine hellseherischen Fähigkeiten haben, um sagen zu können, dass das vorgelegte Haushaltsvolumen sicherlich noch durch eine Summe X erhöht werden muss, um die weitere Abwicklung, Übernahme und Weiterführung des Schwimmbades zu stemmen. Diese Tatsache

bereitet uns schon etwas „Unbehagen“, weil man so gar nicht weiß, welche Finanzmittel man auch in dem zu beschließenden Haushalt einplanen muss bzw. wie hoch sie sein werden.

Dem entsprechend werden auch unsere Anträge, Wünsche und Aufträge bescheidener ausfallen, den Haushalt 2021 betreffend, zumal unsere Vorschläge aus 2020 noch nicht hinreichend abgearbeitet sind und wir das meiste davon entsprechend aufrechterhalten möchten.

Wir empfinden es als großes Problem, dass wir im vergangenen Jahr mit der Schaffung einer tragfähigen Zukunftsagenda für unsere Kindertagesstätten nicht wirklich weitergekommen sind. Wir laufen Gefahr, vor allem im Krippenbereich in ernsthafte Kapazitätsschwierigkeiten zu geraten. In diesem Zusammenhang begrüßen wir den Vorstoß von Bürgermeister Thomas Stamm, zum Neubau eines Kindergartens, vor einer Sanierung in der Kolpingstraße und am Lohgraben. Eine für uns denkbare Variante bietet das künftige Gelände an der Ludwigstraße. Allerdings drängt auf diesem Gebiet die Zeit und deshalb muss man über Abläufe dringend sprechen, auch um entsprechende Mittel in der Finanzplanung einzuarbeiten.

Wir bitten darum, weitaus mehr Augenmerk auf die zukünftige Wasserversorgung zu legen und beantragen auch im Haushalt 2021 einen größeren finanziellen Rahmen zu schaffen, um Bohrungen bzw. die Suche nach Trinkwasser zu forcieren, um baldigste Ergebnisse zu erzielen. Wir benötigen unseres Erachtens dringend einen neuen Brunnen, um die Trinkwasserversorgung für die Zukunft ausreichend zu gewährleisten. Dies muss einhergehen mit der Sicherung und Ausweitung des Wasserschutzgebietes. Wie unser Herr Bürgermeister in seiner HH-Rede erklärte, ist ein Gutachten in Arbeit, welches die zukünftige Wasserversorgung ermittelt. Wir sind der Meinung, dass darüber hinaus noch weitere finanzielle Mittel bereitgestellt werden müssen, um eventuell notwendige weitere Investitionen im technischen und baulichen Bereich der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung der kommenden Jahre zu ermitteln und durchzuführen zu können, auch im Hinblick auf neue Wohngebiete und Industrieansiedlungen. Wir stellen deshalb den Antrag, solch ein Gutachten zeitnah in Auftrag zu geben und entsprechende Finanzmittel mittelfristig einzustellen, evtl. erst im HH 2022. Im Übrigen erwarten wir uns kontinuierliche Berichterstattung aus dem Wasserwerk zu Fragen der Trinkwasserversorgung und der Abwasser- Entsorgung.

Wir hoffen, dass 2021 nun die „Unendliche Geschichte“ der Umgestaltung des Heubrunnengeländes und des Skaterplatzes unterhalb des Schwimmbades seine Vollendung findet wird. Evtl. findet man auch Möglichkeiten wassertechnisch, die Kneippanlage wieder zum Leben zu erwecken.

Wir nehmen die Bemühungen der Bayer. Staatsregierung zur Eindämmung des Flächenverbrauchs im Rahmen ihrer Flächensparoffensive ernst. Wir bedauern es aber auch, dass es aktuell versäumt wurde, den Bayerischen Kommunen wirksame Eingriffsmöglichkeiten, sei es über eine Grundsteuer C, für unbebaute, erschlossene Baugrundstücke oder über erweiterte Vorkaufsrechte zu ermöglichen. Wir glauben, dass die Stadt Marktheidenfeld auf diesem Gebiet nun endlich fördernd tätig werden sollte und *mehr* für mehr öffentliches Bewusstsein in dieser Frage sorgen muss. Ein einfaches „Weiter so“ bei der Ausweisung neuen Baulands darf es im Sinne des Klima- und Landschaftsschutzes sowie des Erhalts der Artenvielfalt nicht geben.

Wir begrüßen deshalb die Fortschreibung des HH-Ansatzes, um ein Förderprogramm für wohnbauliche Investitionen, vor allem zur Innenentwicklung in den Stadtteilen, zu schaffen. Wir haben Verständnis dafür, dass dieses Vorhaben unter den Bedingungen des vergangenen Jahres von der Bauverwaltung nicht angegangen werden konnte. Wir erwarten dennoch im aktuellen Haushaltsjahr die Erarbeitung einer Diskussionsgrundlage und weisen in diesem Zusammenhang auf die kommunalen Förderprogramme der Mitgliedsgemeinden der Kommunalen Allianz "Spessartkraft" zum Thema „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ als Denkanstoß hin.

Im Zusammenhang mit dem Klimaschutz weisen wir auch darauf hin, dass nach unserer Meinung einige geeignete Waldflächen aus der forstwirtschaftlichen Inanspruchnahme gelöst wer-

den sollten. Darüber hinaus könnten geeignete Flächen für eine zusätzliche Neuaufforstung erschlossen werden, entsprechende Pachtverhältnisse müssten auslaufen. In Übereinkunft mit der Landwirtschaft und dem Naturschutz sollten außerdem Feldgehölze und Hecken im Sinne eines Biotopverbundes, in ausgeräumten Kulturflächen angestrebt werden. Mit der Neuanlage des sog. Landhaags bei Eichenfürst liegt eine entsprechende Maßnahme schon Jahrzehnte zurück.

Das nächste Thema wäre für uns, endlich die vorhandenen Verkehrskonzepte für die Innenstadt „aus der Schublade“ zu holen und sukzessive umzusetzen. Wir sehen ein wirkungsvolles und akzeptables Verkehrskonzept wie ein Mosaik. Es kann niemals von heute auf morgen voll und funktional umgesetzt und eingeführt werden, vielmehr Stück für Stück, Step by Step zu einem funktionierendem Ganzen zusammengefügt werden. Wir stellen deshalb den Antrag, anhand der vorliegenden Verkehrsgutachten eines langjährigen für uns tätigen Verkehrsgutachters endlich in die Tat umzusetzen bzw. wenn Zweifel an der Machbarkeit dieses Gutachters bestehen, zeitnah ein anderes Verkehrsplanungsbüro damit zu beauftragen, ein schlüssiges Verkehrskonzept für die Stadt Marktheidenfeld zu erstellen um es umsetzen zu können.

Wir wünschen uns ein umfassendes Mobilitätskonzept für die Stadt und ihre Stadtteile. Es sollten alle Anforderungen an den fließenden und ruhenden Verkehr Eingang finden. Dabei sind alle Verkehrsformen vom Fußgänger über den Radfahrer bis zum Kraftfahrzeugverkehr einzuschließen. Der öffentliche Nahverkehr ist, wie ein sinnvolles Radwegekonzept oder auch veränderte Anforderungen der E-Mobilität, zu berücksichtigen. Ein solches Konzept sollte abgeschlossen sein, bevor weitere Schritte, wie z. B. die Mainufergestaltung, unternommen werden, um nicht wieder mit Stückwerk zu scheitern. Deshalb fordern wir einen geeigneten HH-Ansatz für eine zukunftsorientierte, nachhaltige Verkehrsplanung.

Die gegenwärtige Lage erfordert sicher eine Konzentration auf zukunftsorientierte Bereiche. Manches was sicher wünschenswert wäre, wird sicherlich kurzfristig nur schwer zu verwirklichen sein. Begonnene Projekte mit müssen erst, mit großem Kostenbewusstsein zu Ende geführt werden, bevor Neues begonnen werden kann.

Drängende Fragen, darauf hat Bürgermeister Stamm in seiner Rede hingewiesen, stehen im Bereich der kommunalen Pflichtaufgaben vor uns. Wir erinnern an die Themen Trinkwassergewinnung, Ver- und Entsorgungsleitungen, Erschließungen. Auch im Bereich des Schulbaus (Grundschule, Mittelschule und Kindergärten) stehen wir vor gewaltigen Herausforderungen, gerade auch in finanzieller Hinsicht.

Wir sehen die Stadt, trotz aller Schwierigkeiten, aber immer noch in einer guten Finanzlage. Das einstige Orakel, dass wir uns im letzten Jahr bereits bedeutend verschulden müssen, weil unsere Rücklagen aufgebraucht seien, hat sich Gott-sei-Dank, aus vielerlei Gründen, nicht bewahrheitet. Natürlich muss das finanzielle Gesamtgefüge im Blick behalten werden und man muss sorgsam mit den uns anvertrauten Steuergeldern umgehen. Trotzdem glauben wir, dass Gebührenerhöhungen, egal in welcher Höhe zum jetzigen Zeitpunkt unangebracht erscheinen. Ebenso sind Einschnitte oder Verluste im kulturellen Gefüge derzeit nicht anzudenken. Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger sind von den Geschehnissen durch und mit Corona ohnehin bereits in allen Lebensbereichen eingeschränkt und haben Einbußen hinnehmen müssen. Dies sollte nicht noch durch mehr Erhöhungen von Gebühren und Abgaben zurzeit verschärft werden. Dies als kleine Anmerkung zum Ende meiner Haushaltsrede.

Abschließend möchte ich namens meiner Fraktion allen danken, die in unserer Stadt ehrenamtlich für das Gemeinwohl tätig sind, insbesondere unseren Hilf- und Rettungsdiensten sowie der Polizei, aber auch den Menschen, die sich im sozialen, kulturellen und kirchlichen Bereich einbringen sowie in unseren Vereinen mitarbeiten.

Einschließen in diesen Dank möchte ich ausdrücklich auch all jene, die unsere Arbeit mit konstruktiver Kritik anregend begleiten.

Vielen Dank auch Ihnen, Herr Bürgermeister und der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit - Bleiben sie gesund!“

Erster Bürgermeister Thomas Stamm schließt um 21:05 Uhr die öffentliche 03. Sitzung des Stadtrates.

Thomas Stamm
Erster Bürgermeister

Sabine Laumeister
Schriftführer/in